

# **Empfehlungen zur Problematik der Löschwasserrückhaltung**

## **Aktualisierung**

Die aktualisierten Empfehlungen wurden bei der 27. Tagung der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe am 14.10. und 15.10.2014 in Berlin bestätigt.

Aufgrund der Erfahrungen beim Brand der chemischen Fabrik der Firma Sandoz bei Basel im November 1986, bei dem das große Mengen Chemikalien enthaltende Löschwasser den Rhein beinahe auf der ganzen Stromlänge verunreinigte, wurde durch die Arbeitsgruppe „Unfallbedingte Gewässerbelastungen“ (H) der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) im Jahre 1993 eine „Empfehlung zur Problematik der Löschwasserrückhaltung“ erarbeitet. Die Empfehlung wurde auf der 6. Tagung der IKSE am 21.10. und 22.10.1993 in Ottendorf bestätigt. Die Empfehlung stützte sich auf die in der Bundesrepublik Deutschland durch die ARGEBAU entwickelte „Richtlinie zur Bemessung von Löschwasser-Rückhalteinrichtungen beim Lagern wassergefährdender Stoffe“ (weiterhin nur „LöRüRL“). Maßgebend war, dass die Lager wassergefährdender Stoffe aus Sicht des Gewässerschutzes Objekte mit besonders hohem Gewässergefährdungspotenzial sind, so weit nicht ausreichend Vorsorge zum Rückhalt anfallenden Löschwassers getroffen ist.

Im Zusammenhang mit der durchgeführten Analyse eingetretener Unfälle in den vergangenen 20 Jahren zeigt sich, dass diese Richtlinie derzeitigen Anforderungen nicht mehr entspricht bzw. der Geltungsbereich nicht nur die Lageranlagen allein, sondern den gesamten Standort einbeziehen sollte.

Damit ergibt sich zu der „Empfehlung zur Problematik der Löschwasserrückhaltung“ für Deutschland und Tschechien der folgende Aktualisierungsbedarf:

### **Deutschland**

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft GDV hat aufgrund der aktuellen Erfahrungen auf diesem Gebiet neue Leitlinien für die Planung und den Einbau von Löschwasser-Rückhalteinrichtungen [http://vds.de/fileadmin/vds\\_publikationen/vds\\_2557\\_web.pdf](http://vds.de/fileadmin/vds_publikationen/vds_2557_web.pdf) veröffentlicht (VdS 2557: 2013-03 (01)). Die Leitlinien zeigen auf, wie Gefahrenpotenziale hinsichtlich möglicher Löschwasserschäden identifiziert und durch vorbeugende technische sowie organisatorische Maßnahmen minimiert werden können.

Der Anwendungsbereich erstreckt sich auf alle Gefahren und Risiken im Zusammenhang mit der Entstehung kontaminierten Löschwassers in industriellen und gewerblichen Standorten, unabhängig von Art und Menge der vorhandenen Schadstoffe in den einzelnen Anlagen bzw. vom Ort, an dem mit solchen Schadstoffen umgegangen wird. Die Leitlinien weisen ausdrücklich darauf hin, dass das potenzielle Risiko den gesamten Standort betrifft, d. h. auch Bereiche, die nicht von der LöRüRL abgedeckt sind.

### **Tschechische Republik**

Seit 1993, als die „Empfehlung zur Problematik der Löschwasserrückhaltung“ verabschiedet wurde, ist auf der tschechischen Seite keine Vorschrift erstellt worden, die den Löschwasserrückhalt komplex regeln würde. Im Bereich Gewässerschutz kam es in letzten Jahren im Hinblick auf den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und auf die Problematik der Löschwasserrückhaltung jedoch zu bedeutenden Änderungen der Rechtsvorschriften, die sich demzufolge auch in strengeren Pflichten für die Betreiber der Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen auswirkten (siehe Anhang 1).

### **Gemeinsame Empfehlung**

Die Arbeitsgruppe H der IKSE empfiehlt, die o. g. VdS-Leitlinien als eine Informationsquelle bei der Bearbeitung der Problematik zur Löschwasserrückhaltung sowie zur Vorbeugung der Gewässerbelastungen durch wassergefährdende Stoffe auf der nationalen Ebene in Deutschland und Tschechien zu nutzen und somit die in der „Empfehlung zur Problematik der Löschwasserrückhaltung“ von 1993 aufgeführte LöRüRL zu ersetzen.

### **Anhänge:**

**Anhang 1:** Die Löschwasserproblematik in den Gesetzen und Vorschriften der Tschechischen Republik

## Die Löschwasserproblematik in den Gesetzen und Vorschriften der Tschechischen Republik

---

Die Löschwasserproblematik spiegelt sich in der Tschechischen Republik insbesondere in folgenden Gesetzen und Vorschriften wider:

1. Gesetz 254/2001 der Gesetzessammlung über die Gewässer und die Änderung einiger Gesetze (Wassergesetz) in der Fassung späterer Vorschriften

Im § 39 sind die Pflichten beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen bestimmt:

- Jeder, der mit besonders gefährlichen Stoffen oder gefährlichen Stoffen umgeht oder der mit wassergefährdenden Stoffen im größeren Umfang umgeht, oder wenn der Umgang mit ihnen mit einer erhöhten Gefahr verbunden ist, ist verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, damit sie nicht in die Oberflächengewässer oder das Grundwasser oder die Kanalisationen gelangen, die nicht Bestandteil der technologischen Ausstattung der Produktionsanlage sind. Er ist verpflichtet, insbesondere gemäß Vorgaben im § 39 Absatz 4 Buchstabe f) **abzusichern, dass neu errichtete Bauwerke gegen die unerwünschte Freisetzung dieser Stoffe beim Löschen eines Brandes gesichert sind.**

2. Die Verordnung 450/2005 der Gesetzessammlung über Bestimmungen für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und Bestimmungen für den Gefahrenabwehrplan, die Art und den Umfang der Meldung von Havarien, die Minimierung ihrer Schäden und die Beseitigung ihrer schädlichen Folgen, in der Fassung späterer Vorschriften, legt die Bestimmungen für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, Bestimmungen für den Maßnahmenplan für den Fall einer Havarie (im Folgenden nur „Gefahrenabwehrplan“), die Art und den Umfang der Meldung von Havarien, die Minimierung ihrer Schäden und die Beseitigung ihrer schädlichen Folgen sowie die Anforderungen an die fachlich befähigte Person und die Auffangwannen fest. Der Gefahrenabwehrplan soll gemäß Vorgaben im § 5 Absatz 3 Buchstabe d) u. a. Folgendes enthalten:

Eine Auflistung und Beschreibung möglicher unfallbedingter Abflusspfade der wassergefährdenden Stoffe sowie des verwendeten Löschwassers und der sich daraus ergebenden gefährdeten Objekte einschließlich Gesteinsschichten und unterirdischer Anlagen (insbesondere Sammelkanäle, technologischer Kanäle und Kanalisationen) sowie Oberflächengewässer und Grundwassers als wahrscheinlicher Endvorfluter der ausgelaufenen wassergefährdenden Stoffe.

3. Das Gesetz 59/2006 der Gesetzessammlung über die Prävention von durch ausgewählte gefährliche chemische Stoffe oder chemische Präparate verursachte Störfälle und über die Änderung des Gesetzes 258/2000 der Gesetzessammlung über den Schutz der öffentlichen Gesundheit und über die Änderung einiger im Zusammenhang stehender Gesetze, in der Fassung der späteren Vorschriften, und des Gesetzes 320/2002 der Gesetzessammlung über die Änderung und die Aufhebung einiger Gesetze im Zusammenhang mit der Beendigung der Tätigkeit der Kreisverwaltungen, in der Fassung der späteren Vorschriften (Gesetz über die Prävention von Störfällen) arbeitet die entsprechenden Vorschriften der Europäischen Gemeinschaften ein und legt das System zur Prävention von Störfällen für Objekte und Anlagen fest, in denen sich ein ausgewählter gefährlicher chemischer Stoff oder ein chemisches Präparat befindet, und zwar mit dem Ziel, die Wahrscheinlichkeit der Entstehung zu reduzieren und die Folgen von Störfällen für die Gesundheit und das Leben der Menschen, Wirtschaftstiere, die Umwelt sowie das Vermögen in Objekten und Anlagen und in ihrer Umgebung zu begrenzen. Die staatliche Verwaltung im Bereich Prävention von Störfällen in Objekten oder Anlagen, in denen sich ein gefährlicher Stoff befindet, üben das Umweltministerium, das Innenministerium, das Tschechische Bergbauamt, die Tschechische Umweltinspektion, die Bezirksverwaltungen, das Staatliche Amt zur Inspektion der Arbeit und die regionalen Inspektorate für Arbeit, die **Verwaltungsämter im Bereich Brandschutz**, Zivilschutz und integriertes Rettungssystem sowie die Bezirkshygienestationen aus.

4. Bei Brandbekämpfung und Umgang mit Löschwasser richten sich die zuständigen Behörden nach den methodischen Leitlinien des Innenministeriums, des Direktorats der Feuerwehr der Tschechischen Republik, in denen die Vorgehensweise beim Feuerwehreinsatz sowie der Umgang mit Löschwasser für einzelne brennende Anlagen, Betriebe, Aktivitäten und Räumlichkeiten ausführlich geregelt sind. Der operative Plan als grundlegendes Dokument zur Brandbekämpfung ist maßgebend für die Art und Weise einer wirksamen Brandbekämpfung und legt u.a. auch technische Mittel zur Bekämpfung der kompliziertesten Variante eines Brandfalls (einschließlich einer Berechnung der erforderlichen Menge eines Löschmittels) fest. Dies ermöglicht eine ausreichende Vorbereitung zum Auffangen und Entsorgung des anfallenden Löschwassers (vorliegende Rückhalteeinrichtungen für einen Störfall, mobile Behälter, Gummi-Rückhaltevorrichtungen u. ä.) bei geläufigen Brandfällen. Die Methodik wird fortlaufend aktualisiert und den neuesten Erkenntnissen auf dem Fachgebiet angepasst. Sie ist für geläufige wasserwirtschaftliche mit Freisetzung der Schadstoffe verbundenen Havarien bzw. zur Rückhaltung des Löschwassers geeignet, damit es in die Umwelt nicht gelangen kann.
5. Zur Förderung der Errichtung von technischen Maßnahmen zur Absicherung des Umgangs mit wassergefährdenden Stoffen dienen dann weitere Rechtsvorschriften, wie z. B. die Verordnung 268/2009 der Gesetzessammlung über technische Anforderungen an Bauwerke (Anforderungen an die wasserwirtschaftliche Absicherung von Bauwerken, Gruben, Sammelrinnen usw.), und die entsprechenden Normen (z. B. ČSN 75 3415 *Objekte für die Lagerung und den Umgang mit Erdölprodukten*) – diese Norm regelt die technischen Anforderungen an Lager- und Arbeitsflächen, Lagerbehälter, Container und Verpackungen, definiert die Anforderungen an die bauliche Gestaltung von Lagern und Arbeitsobjekten, die Lagerung von Erdölprodukten und die Betreibung von Lagern einschließlich der Angabe von Grundsätzen für die Durchführung von Dichtheitsprüfungen, die ČSN 65 0201 *Brennbare Flüssigkeiten – Räume für die Produktion, Lagerung und das Hantieren u. a.* – diese Norm gilt für die Projektierung neuer und für die Projektierung von Veränderungen an bestehenden Bauobjekten, die nach der ČSN 73 0804 *Brandsicherheit von Bauwerken – Produktionsanlagen*, ggf. ČSN 73 0802 *Brandsicherheit von Bauwerken – Nicht der Produktion dienende Objekte* und von im Zusammenhang stehenden Normen aus dem Bereich Brandsicherheit von Bauwerken, sofern in ihnen brennbare Flüssigkeiten in einer definierten Menge vorkommen, vorgeschlagen werden).